

## **Stellungnahme des Hamburger (Landes-)Integrationsbeirates zur Gleichbehandlung aller Geflüchteten in Hamburg**

Seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine steigt die Zahl der Schutzsuchenden in Hamburg rapide an. Ebenso manifestiert sich die Solidarität und Unterstützungsbereitschaft von verschiedenen städtischen Akteuren und Privatpersonen. Damit setzt Hamburg – das Tor zur Welt – ein klares Signal, eine Willkommenskultur hier gelebt wird. Der Hamburger Integrationsbeirat der 22. Legislaturperiode begrüßt dieses Engagement ausdrücklich und freut sich sehr, dass alle Strukturen und Instrumente genutzt werden, um Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine flüchten, das Ankommen zu erleichtern und Schutz zu bieten.

Als Zeichen der Solidarität ließ die neue Bundesregierung gemeinsam mit anderen EU-Staaten traditionell bekannte zermürbende Hürden bei Asylsuchenden fallen und zeichnete sich eher erstaunlicherweise durch unbürokratisches Handeln durch die erstmalige Anwendung der „Massenzustrom Richtlinie“ der EU. Die Richtlinie existiert bereits seit über 20 Jahren und wurde bei anderen Krisen nie angewandt. Beim genauen Hinsehen fällt es aber auch deutlich auf, dass die neuen Regeln weder für alle Flüchtlinge aus der Ukraine noch für Flüchtlinge aus anderen Krisenregionen gelten. Drittstaatsangehörige (mehrheitlich Studierende und deren Familienangehörige), die in der Ukraine bis zum Kriegsbeginn ihren Lebensmittelpunkt hatten, hatten nicht nur alle Schwierigkeiten, die östlichen EU-Grenzen zu passieren, sondern müssen nun auch befürchten, in ihren Herkunftsländern abgeschoben zu werden. Hinzu kommt, dass sich für die hier lange bereits aufhaltenden Flüchtlinge (Afghanistan, Syrien, Somalia etc.) eine frappierende Ungleichbehandlung in Folge des Ukraine-Krieges stattfindet. Die Ungleichbehandlung macht sich konkret im aufenthalts- und sozialrechtlichen Bereich bemerkbar. Beim Thema Unterbringung und Wohnen fühlen sich Wohnungs- und Obdachlose benachteiligt, da einige lange auf ihre erste Wohnung warten. Uns erreichen außerdem immer wieder Meldungen von ungleichen Behandlungen in den Behörden, die vorrangig Geflüchtete aus der Ukraine bedienen. Die Stimmungslage diverser Communities verschlechtert sich Tag für Tag, sodass wir zur Bewahrung des sozialen Friedens einen akuten Handlungsbedarf seitens der Politik und Verwaltung sehen. Eine „gefühlte Hierarchie“ unterhalb der unterschiedlichen Nationalitäten muss vermieden werden. Vor diesem Hintergrund ist die Ungleich- und die vermeintliche Vorzugsbehandlung von Schutzsuchenden nicht hinnehmbar.

Wir fordern mehr Chancengerechtigkeit für alle Schüler\*innen. So muss der herkunftssprachliche Unterricht in den neu eingerichteten internationalen Vorbereitungsklassen an Schulen zur Vermittlung von Schulstoff, für alle Vorbereitungsklassen ausgeweitet werden. Ebenfalls muss die erleichterte Anerkennung von

Bildungs- und Schulabschlüssen auf alle Geflüchtete angewendet werden (vgl. <https://www.hamburg.de/steigerung-der-bildungschancen/>).

Wir fordern als Mitglieder des Integrationsbeirats den uneingeschränkten Schutz für alle Geflüchteten – und zwar sofort!

Der Integrationsbeirat fordert, dass nicht nur ukrainische Schutzsuchende, sondern auch geflüchtete Menschen aus anderen Ländern ins Sozialhilfesystem integriert werden. Nur so können wir den Anspruch einer weltoffenen Großstadt gerecht werden.

Menschenrechte müssen für alle Menschen gelten und dürfen nicht an Hautfarbe, Religion oder Entfernung von Herkunftsländern gekoppelt sein. Der IB setzt sich dafür ein, dass die Teilhabebeschränkungen für Drittstaatsangehörige in den Bereichen Bildung, Arbeit, Gesundheit und Soziales in Hamburg abgeschafft werden. Der Integrationsbeirat fordert die Sozialbehörde auf mit den zuständigen politischen Gremien die Stellungnahme zu diskutieren.

**Hamburger Integrationsbeirat, Mai 2022**